

Ordnungspolitik und Soziale Marktwirtschaft

Tagungsbericht des 2. Jenaer Konvents „Wachstum durch Ordnungspolitik in einer globalisierten Welt“ am 18. Februar 2011 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

BETTINA HOLLSTEIN*

Im Jahre 2008 haben sich eine Reihe von Institutionen und Persönlichkeiten zu einem Kooperationsnetzwerk zusammengeschlossen, das sich der ordnungspolitischen Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt. Diese „Jenaer Allianz“ wurde anlässlich der Konferenz „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in Jena gegründet und veröffentlichte den „Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“. Hierin werden auf der Grundlage von zentralen Werten (Würde des Menschen als freies und soziales Wesen, Freiheit und Solidarität) Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft in Erinnerung gerufen: u. a. einen durch einen starken Staat gesicherten Wettbewerb (auch auf dem Arbeitsmarkt), eine marktkonforme Sozialpolitik, eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft, eine Förderung der Familien- und Bildungspolitik, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, eine marktkonforme Umweltpolitik (Borchard u. a. 2008).

Am 18. Februar 2011 fand nun der zweite Jenaer Konvent statt, der unter dem Motto stand: „Wachstum durch Ordnungspolitik in einer globalisierten Welt“. Der hier vorgelegte Tagungsbericht will nicht die gesamte Veranstaltung Revue passieren lassen, sondern die ordnungspolitischen Positionen vorstellen, die im Rahmen dieser Veranstaltung aus der Perspektive verschiedener Akteursgruppen (Wissenschaft, Politik, Wirtschaft) artikuliert wurden, und dabei besonders den Zusammenhang zur Wirtschaftsethik beleuchten.

Als ein zentraler Aspekt zur Strukturierung der Positionen soll die Leitfrage dienen, die über dem Arbeitskreis A formuliert worden war: „Wirtschaftskrise als Krise der Wirtschaftswissenschaften? – Wer hat wirklich versagt – Politik, Wirtschaft oder Wirtschaftswissenschaft?“

1. Wirtschaftswissenschaften und Ordnungspolitik

Einigkeit bestand bei nahezu allen im Konvent vertretenen Akteuren, dass der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften weder die Krise adäquat vorhergesagt noch angemessene Instrumente zur Bewältigung vorgelegt hat. Auch die anwesenden Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, die sich der österreichischen Schule bzw. dem Ordoliberalismus zurechnen lassen, waren sich in dieser Einschätzung einig.

* Bettina Hollstein, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt, Am Hügel 1, 99084 Erfurt, Tel.: +49 (0)361 737-2802, E-Mail: bettina.hollstein@uni-erfurt.de, Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftsethik, Umweltethik, feministische Ethik, Ehrenamt und Zivilgesellschaft, handlungstheoretische Grundlagen.

Prof. Dr. Joachim *Starbatty*, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, sieht beispielsweise als einen der wesentlichen Gründe der Finanzkrise und der fehlenden Warnungen davor das Versagen der modernen Volkswirtschaftslehre. Die Ursache dafür wiederum läge einerseits in dem zunehmenden Realitätsverlust der Ökonomen, die die ökonomische Wirklichkeit auf statistische Zeitreihen reduzierten, aber nur *im Rückblick* Erklärungen liefern können. Alle Fragestellungen, die sich nicht in mathematische Modelle fassen lassen, werden ausgegrenzt. Ein wesentlicher Mechanismus hierfür sei die Publikationspraxis in angesehenen US-amerikanischen Journals, in der mathematische Eleganz wichtiger sei als wirtschaftliche Relevanz. Zu stimmend verweist er auf das Urteil Wilhelm Röpkes, dass was „unter dem großmäuligen Titel der modernen Ökonomie“ getrieben werde, ein „riesenhafter szientistischer Leerlauf“ sei (zitiert nach Starbatty 2008).¹ Andererseits sei das Erbe des Konjunkturtheoretikers John Maynard Keynes und die damit verbundene Politik des „billigen Geldes“ Ursache für die Krise. Während also die Wirtschaftswissenschaften für reale Wirtschaftsprozesse eigentlich keine Rolle mehr spielten, sei Politikversagen in Bezug auf die Geldpolitik die entscheidende Ursache für die Finanzmarktkrise. Diese sei auch noch nicht ausgestanden, vielmehr sei eine neue Krise verursacht durch die Staatsverschuldung absehbar.

Noch deutlicher, aber allzu monokausal weist Prof. Dr. Thorsten *Polleit*, Chefvolkswirt von Barclays Capital Deutschland, dem staatlich beherrschten Geldangebotsmonopol die Verursacherrolle für die Finanzkrise zu. Auch er verurteilt die herrschende Wirtschaftstheorie als methodologisch falsch allein auf Positivismus und Empirismus ausgerichtet. Seine Lösung sieht aber keine umfassendere Einbeziehung von Gesellschaft und den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften und Prozessen vor, sondern reduziert alle ökonomischen Prozesse allein auf Folgen der Geldpolitik. Somit birgt allein eine umfassende Privatisierung des Geldes in dieser marktzentrierten Sicht die Lösung aller Probleme.²

Dieser zu einfachen Position mochte sich PD Dr. Michael *Woblgemuth*, Geschäftsführer vom Walter Eucken Institut, nicht ohne Weiteres anschließen. Einseitige Schuldzuweisungen werden in seiner Perspektive der Komplexität der Wirtschaftskrise nicht gerecht. Seine Betonung der Komplexität und der Fehleranfälligkeit der Einschätzungen von Wirtschaftsakteuren bestätigt wiederum die Unhaltbarkeit der vorherrschenden wirtschaftstheoretischen Positionen, die von allwissenden, vollkommen informier-

¹ Bereits 1958 schreibt Röpke über bedenkliche Tendenzen in der Nationalökonomie: „eine immer weiter getriebene Spezialisierung der Forschung, die den Zerbröckelungsprozeß des sozialwissenschaftlichen Wissens fördert, ein davon nicht zu trennender Hermetismus, der zuweilen sogar in der Unzugänglichkeit der Darstellung einen Ehrentitel sieht und sich mit unverkennbarem Stolz im Gebrauch der Mathematik gefällt, ein gewisser Intellektualismus, der sich ohne Sinn für die rechten Proportionen in Haarspaltereien verliert und <Modelle> konstruiert, denen auch nur die Möglichkeit der Annäherung an die Wirklichkeit fehlt, eine hochmütige Unduldsamkeit und vieles andere“ (1979 [1958]: 368).

² Wilhelm Röpke hätte diese Position wohl als „liberalen Anarchismus“ bezeichnet – die Position derer, „welche Markt, Wettbewerb und wirtschaftliche Vernunft für ausreichende Antworten auf die Frage der sittlichen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems zu halten scheinen“ (Röpke 1966 [1958]: 184).

ten Politikern, rational handelnden Marktakteuren und effizienten Märkten ausgehen. Markt- und Politikversagen greifen daher ineinander und können als Ordnungspolitikversagen beschrieben werden. Es geht also um falsche Rahmenbedingungen, Regulierungen und Anreize. Um diese Aspekte zu berücksichtigen, will Wohlgemuth die zum Selbstzweck mutierte formale und mathematisierte „reine“ Theorie des ökonomischen „Mainstreams“ durch eine moderne „Neue Ordnungsökonomik“ ersetzen, ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm, das in den USA bereits vertreten ist (Buchanan, North u. a.) und im Rahmen einer Institutionenlehre auch Kontextbedingungen berücksichtigt. Hier spielen dann Interdependenzen zwischen Systemen, die Geschichte, Werte und Normen sowie Institutionen wie z. B. das Recht eine große Rolle. In der Summe wurde deutlich, dass die traditionelle Ökonomik wenig hilfreich ist für die Bewältigung von Krisen, dass aber in Bezug auf die wirtschaftstheoretischen Grundlagen für eine adäquate Konzeptionierung wirtschaftlichen Handelns die Positionen zwischen den Ordnungstheoretikern, die sich alle auf gemeinsame Wurzeln im (Ordo-)Liberalismus berufen, doch auch erhebliche Unterschiede bestehen.

2. Politik und Politikversagen

Die Politik war im Rahmen des Konvents prominent vertreten durch die Ministerpräsidentin des Landes Thüringen, Christine *Lieberknecht*, die die Festrede hielt, sowie durch die Bundestagsabgeordnete Marie-Luise *Dött*, die zugleich Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer ist, eine der Organisationen, die den „Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ unterzeichnet hat. Im Gegensatz zu einer Mehrheit der Panelisten in den jeweiligen Podiumsdiskussionen, die das Versagen des Staates insbesondere in Bezug auf die Geldpolitik als zentrale Ursache der Finanzkrise darstellten, bezog sich Lieberknecht auf die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft, speziell Wilhelm Röpke, um auf außerökonomische Aspekte – speziell auf die wertbezogenen Grundlagen des ökonomischen und politischen Handelns – hinzuweisen.

Die ordoliberalen Schule dachte über die Ökonomie hinaus und betrachtet als Richtschnur für ökonomisches Handeln die Wirkungen auf den Menschen und die Gesellschaft. Wilhelm Röpke beispielsweise hat die Interdependenzen von Wirtschaft und sittliche Ressourcen der Gesellschaft sehr deutlich gemacht.³ Er hat die Bedrohung durch den Totalitarismus aufgrund der Zersetzung der geistig-moralischen Grundlagen der Gesellschaft vor dem Hintergrund der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus artikuliert.

Als eine wesentliche Grundlage der Gesellschaft kann das allgemeine Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft betrachtet werden. Dieses Vertrauen in die marktwirtschaftliche Ordnung – insbesondere in die der EU – ist deutlich gesunken und einem Gefühl der Ohnmacht gewichen.⁴ Die Ursache hierfür sieht Lieberknecht in der „organisier-

³ „(...) das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft mit ihrem bewundernswürdigen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich – jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Röpke 1964 [1957]: 137ff.).

⁴ Nur 48% der Bundesbürger sind Ende 2010 der Meinung, die Wirtschaftsordnung habe sich bewährt (Institut der Deutschen Wirtschaft 2010). Zur EU hat das Allensbach-Institut im

ten Verantwortungslosigkeit“, die durch zu wenig Regulierung, speziell auf den Finanzmärkten, entstanden ist. Ein Votum – das ebenso von den Ökonomen geteilt wurde – lautet also, die ordnungspolitischen Spielregeln zu schärfen und auch durchzusetzen. Die Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft sieht sie in der Politikberatung zur Rationalisierung von Entscheidungen und in der Information der Öffentlichkeit. Darüber hinaus spricht Lieberknecht die Rolle der persönlichen Lebensführung der Leistungseliten an. An dieser Stelle kommt neben der institutionenethischen Fragestellung der Ordnungspolitik auch ein individuellethischer Aspekt in den Blick – nämlich die Standesethik der sich Manager, Industrielle, Wissenschaftler sowie die Inhaber öffentlicher Spitzenämter verpflichtet fühlen sollten. Lieberknecht reduziert Wirtschaftsethik somit nicht auf die Schaffung institutioneller Arrangements durch den Ordnungsrahmen, sondern sieht Werte wie Menschenwürde, Gemeinsinn, Gerechtigkeit usw. als Grundlage des Handelns in Anlehnung an Röpke auch innerhalb der ökonomischen Sphäre. „Das Wirtschaftsleben spielt sich selbstverständlich nicht in einem moralischen Vakuum ab“ (Röpke 1966 [1958]: 184).

3. Wirtschaft und Verantwortung

Die Position der Wirtschaft wurde in erster Linie durch den Vertreter des Dachverbands des Handwerks artikuliert, Dr. Thomas *Köster*. Auch er sieht eine Hauptursache für die Wirtschaftskrise in der organisierten Verantwortungslosigkeit, die in erster Linie der Politik zuzuschreiben sei. Allerdings sieht er ebenfalls bedeutende Anteile an der Versagensbilanz bei den Marktakteuren, den Wissenschaftlern und den Repräsentanten der Eliten.

Was das *Politikversagen* angeht, wird neben der bereits betonten Politik des „billigen Geldes“ auch die verantwortungslose Aufnahme immer neuer Schulden kritisch bemerkt. Besonders ungünstig wirken sich jedoch (De-)Regulierungsmaßnahmen aus, die die Rahmenbedingungen so verändern, dass verantwortungsloses Handeln belohnt wird. Hierzu zählt die Außerkraftsetzung des Haftungsprinzips (insbesondere bei Publikumsaktiengesellschaften mit Streubesitz), geringe Eigenkapital-Hinterlegungsquoten bei guten Ratingnoten oder die Verbriefung von Kreditrisiken ohne Mindestrisikoquote beim Emittenten, die fehlende Haftung der Ratingagenturen für Ratingurteile sowie der staatliche Bankenaufsicht für Kontrollversagen.

Das Politikversagen ist aber zum Teil auf Handeln der *Marktakteure* zurückzuführen. Viele Regulierungen, die Verantwortungslosigkeit begünstigen, sind durch intensive Lobbyarbeit von bestimmten Verbänden vorbereitet worden, etwa die Regelungen im Rahmen von Basel II durch den Bundesverband des Deutschen Bankgewerbes. Auch haben Vertreter des Managerunternehmertums die Kritik an der Außerkraftsetzung des Haftungsprinzips stets zurückgewiesen. Darüber hinaus können falsche Anreizstrukturen nicht tatsächlich kriminelles Verhalten entschuldigen. Hier fehlt es an Signalen von Seiten der Marktakteure, an der Verankerung einer echten Verantwortungskultur in der Wirtschaft mitzuwirken.

Februar 2011 eine Umfrage veröffentlicht, nach der 63% der Befragten wenig oder kein Vertrauen in die EU haben (Petersen 2011).

Der Großteil der *Wissenschaft* schließlich hat die eingeführten Regulierungen und Mechanismen (z. B. risikoreichere Bilanzbewertungsmethoden, Art der Bezahlung von Ratingagenturen, Bonus-System für Bankmanager usw.) kaum wissenschaftlich untersucht und erst recht nicht vor den damit verbundenen Wirkungen (z. B. Prozyklik, Anreizstrukturen für moral hazard usw.) gewarnt.

Vor diesem Hintergrund forderte der Vertreter der Wirtschaft ein Anreizsystem der Verantwortlichkeit im Rahmen institutionenethischer Reformen auf der einen Seite und einer revitalisierten Werteethik auf der anderen.⁵ Auf diese Weise wurde elegant die in der Unternehmensethik häufig diskutierte Frage, ob Individual-Ethik oder Institutionen-Ethik vordringlich sei, umgangen und beide Elemente aufeinander bezogen.

4. Fazit

Obwohl man auf der Grundlage der Rückbesinnung auf die wissenschaftliche Grundlage des Ordoliberalismus eine größere Sensibilität für wirtschaftsethische Fragestellungen bei den Ökonomen erwartet hätte, wurde diese Erwartung weitgehend enttäuscht. Lediglich Wohlgemuth machte auf die Bedeutung von intermediären Institutionen für das Funktionieren von Wirtschaft aufmerksam. Die mögliche Rolle der Wirtschaftsethik in diesem Kontext blieb allerdings weitgehend unklar. Hingegen scheint das Bewusstsein für diese Fragestellung bei den „Praktikern“ – sei es aus der Politik, sei es aus der Wirtschaft – besonders ausgeprägt zu sein. Beide betonten die Rolle der persönlichen Lebensführung, beispielsweise von Eliten. Sie strichen dabei die Bedeutung von Werten einerseits und die von institutionenethischen Arrangements andererseits heraus, die Rahmenbedingungen festlegen, welche Anreizstrukturen zum gesellschaftlichen Nutzen gestalten. Die Hoffnung also, dass z. B. der Appell der Studierendenorganisation sneep⁶ zur Einführung von wirtschaftsethischen Inhalten in die Curricula gehört wird, scheint auf Seiten von Wirtschaft und Politik eher auf offene Ohren zu stoßen als auf Seiten der Wissenschaftler, die aber dies im Rahmen der Selbstverwaltung von Hochschulen in die Studienpläne implementieren müssten. Insofern gilt das von allen Akteuren der Tagung geteilte Urteil, dass die Wirtschaftswissenschaften zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskursen wenig beizutragen habe und für die Kontextbedingungen relativ unsensibel sei, leider auch für einen Teil der im Rahmen der Tagung artikulierten wirtschaftswissenschaftlichen Positionen.

⁵ Zu letzterem Punkt vgl. auch die Ergebnisse der nicht repräsentativen Online-Umfrage zum Wertekosmos des Handwerks, die zeigt, dass im Handwerk 85% der Befragten das Leben eher als Aufgabe denn als Genuss, für den man sich nicht mehr als nötig abmühen sollte, betrachten, während in der allgemeinen Bevölkerung nur 52% dies so sehen (Handwerkskammer Düsseldorf 2011: 2).

⁶ Das Studentische Netzwerk für Wirtschafts- und Unternehmensethik (sneep) hat am 10. Dezember 2010 einen offenen Brief veröffentlicht, in dem die Forderung artikuliert wurde, Wirtschafts- und Unternehmensethik an den Hochschulen zu verankern. Gestützt wurde dieses Anliegen durch eine Online-Umfrage unter Studierenden, nach der 73% der Befragten die Aussage „Ethische Kenntnisse sind wichtig für mein späteres Berufsleben“ bejahten und zwei Drittel der Befragten forderten, dass Wirtschafts- und Unternehmensethik ein Pflichtfach mindestens in der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung werden sollte (sneep 2010).

Literaturverzeichnis

- Borchard, M. u. a.* (2008): Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Veröffentlichung der Konrad Adenauer Stiftung.
- Handwerkskammer Düsseldorf* (2011): Was ist uns im Handwerk wichtig? Online-Umfrage im Vorfeld des NWHT-Dreikönigsforums 2011, unveröffentlichter Bericht.
- Institut der Deutschen Wirtschaft* (2010): IWD Nr. 51, 23.12.2010, online unter: <http://www.iwkoeln.de/Publikationen/iwd/Archiv/tabid/122/articleid/30751/Default.aspx> [Zugriff am 07.03.2011].
- Starbatty, J.* (2008): Warum die Ökonomen versagt haben, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 03.11.2008, online unter: <http://www.faz.net/s/RubB8DFB31915A443D98590B0D538FC0BEC/Doc~EBDB1A14571A54DDB8BC4DEBB5CA46930~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [Zugriff am 23.02.2011].
- Petersen, T.* (2011): Allensbach Umfrage: Gemeinsames Interesse an Europa in Gefahr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, online unter: <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EAE005CA324524217B16D205CA47FBE88~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [Zugriff am 07.03.2011].
- Röpke, W.* (1966 [1958]): Jenseits von Angebot und Nachfrage, 4. Auflage, Erlenbach-Zürich u. a.: Rentsch.
- Röpke, W.* (1964 [1957]): Marktwirtschaft ist nicht genug, wiederabgedruckt in: ders.: Wort und Wirkung, Ludwigsburg: Hoch, 137ff.
- Sneep* (2010): Offener Brief – Forderung nach Integration von Wirtschafts- und Unternehmensethik in die Lehre, online unter: <http://www.sneep.info/> [Zugriff am 07.03.2011].